

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 14.

33. Jahrgang.

Dienstag, den 2. Februar

1886.

Mittwoch, den 3. Februar 1886,
Nachmittag 2 Uhr

solten im Böttcher'schen Gasthose in Oberstüzengrün ein Pferd und ein
Schlitten öffentlich gegen Baarzahlung versteigert werden.
Eibenstock, am 23. Januar 1886.

Schönherr, Gerichtsvollzieher.

Im Amtsgerichtsgebäude hier sollen

Freitag, den 5. Februar 1886,
Vormittags 9 Uhr

ein große Parthie Lambouris u. Stid-Garne, Seide, Wolle, Zwirn, ein
eisern. Geldschrank, Möbel zc. öffentlich gegen Baarzahlung versteigert werden.
Eibenstock, am 28. Januar 1886.

Schönherr, Gerichtsvollzieher.

Die Polendebatte im preussischen Abgeordnetenhaus.

Seit Bestehen des Reichstages hat selten ein Einzellandtag für seine Verhandlungen das allgemeine Interesse so sehr in Anspruch genommen, wie das preussische Abgeordnetenhaus mit seinen Verhandlungen über die Ausweisungen aus den östlichen Provinzen. Schon der Reichstag hatte sich dieser Angelegenheit bemächtigt und wenn auch die erste Interpellation durch die Verlesung einer kaiserlichen Botschaft verhindert wurde, so hatte die Mehrheit des Hauses dennoch Veranlassung genommen, sich über den Umfang und die Art der Ausweisungsmaßregeln mißbilligend auszusprechen. Die preussische Regierung und der Bundesrath stellten sich auf den Standpunkt, daß die ganze Angelegenheit den Reichstag nicht angehe, daß diese vielmehr eine rein preussische Verwaltungssache sei, deren Behandlung und Erörterung dem preussischen Landtage zustehe.

Der letztere hat nun auch die Ausweisungen vor sein Forum gezogen; aber da im Landtage die vereinigten Konservativen und Nationalliberalen die Mehrheit haben, so war naturgemäß der Gesichtswinkel, unter dem die Maßregeln sich dem Landtage darstellten, ein anderer, wie der des Reichstages, welcher keine konservativ-nationalliberale Mehrheit besitzt. Es kann daher ebensowenig überraschen, daß der Reichstag sich gegen, wie daß der Landtag für die Regierungsmaßregeln entschied. Die Verhandlungen des letzteren verbanden aber das Interesse, das ihnen allgemein, selbst vom Auslande, entgegengebracht wird, wesentlich dem Umstande, daß die Regierung durch ihre hervorragendsten Vertreter sich an den Verhandlungen theilnahmte, während bei der Polendebatte im Reichstage die für die Regierungsvertreter bestimmten Plätze leer blieben.

Vor Allem haben die Reden des Fürsten Bismarck einen gewaltigen Eindruck hervorgerufen. Sie enthalten einen solchen Reichthum an politischen Ueberlegungen, daß es kaum möglich ist, die Fülle der Gesichtspunkte und ihren weitverzweigten Zusammenhang auf den ersten Blick zu überschauen. Wenn auch der gigantische Plan, die polnischen großgrundbesitzenden Adligen gegen eine Entschädigung von etwa 300 Mill. Mark zu expropriieren, nie zur Ausführung gelangt, so wirkte er doch, in die Debatte geworfen, geradezu verblüffend. In dieser Richtung aber soll sich in Zukunft die preussische Politik in den Ostprovinzen bewegen: diejenigen Güter, die freiwillig zum Verkauf kommen, und auch diejenigen Domänen, die sich dazu eignen, sollen dazu benutzt werden, um darauf deutsche Bauern und Landwirthe anzusiedeln. Es soll eine Immediat-Kommission gebildet werden, die unter dem Ministerium steht, die aber von beiden Häusern des Landtags gewählte Vertreter in ihrer Mitte hätte, damit beide Häuser sowohl eine Einwirkung wie eine Kontrolle hätten hinsichtlich dessen, was geschieht. Außerdem sind Maßregeln in Aussicht genommen, die darauf hinausgehen, mehr Polen als Beamte auch in anderen Provinzen anzustellen, damit sie besser die Früchte der deutschen Civilisation kennen lernen. Daß mehr deutsche Schulen in den Gegenden mit gemischter Bevölkerung errichtet werden sollen, ist schon früher gesagt worden.

Die vom Fürsten Bismarck gekennzeichneten Pläne lassen sich nicht mit den herkömmlichen bürokratischen Hilfsmitteln und Grundfragen durchführen und deshalb ist die in Aussicht genommene Immediatkommission ein gutes Mittel, wenn man sich für die deutsche Kolonisation in den Ostprovinzen in der vom Fürsten Bismarck vorgeschlagenen Weise überhaupt erklärt.

Ein Zweifel darüber kann nicht bestehen: auf polnischer Seite müssen die Verhandlungen die Wirkung hervorrufen, alle Kräfte zur Abwehr der Germanisirung anzustrengen; verfolgt also die Regierung das von ihr gesteckte Ziel nicht mit ganzer Energie und Festigkeit, dann würde die einzuschlagende Politik dem Deutschthum in den Ostprovinzen nicht nur nicht nützen, sondern geradezu schaden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der bairische Finanzminister hat vor dem Petitions-Ausschuß der Abgeordneten-Kammer die Erklärung abgegeben, daß sich Bayern im Bundesrathe der Abtinnung über das Branntwein-Monopol enthalten werde. Da Württemberg und Baden nach Lage der Sache denselben Standpunkt einnehmen müssen, so scheiden von insgesamt 58 Stimmen des Bundesraths bei der Abstimmung 13 aus. Von den verbleibenden 45 hat Preußen (mit Waldeck) 18.

— Im Bundesrathe ist der Antrag auf Verlängerung der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes eingebracht. Änderungen an dem Gesetze werden mit Ausnahme der Bestimmung über die Geltungsdauer in dem Antrage nicht vorgeschlagen.

— In der Budget-Kommission des Reichstages wurde bei Berathung des sozialistischen Antrags betr. Unterstützung der zu Uebungen einberufenen Reservisten und Landwehrlente der Antrag des freisinnigen Abg. Schrader angenommen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Landwehrlente und Reservisten regelt.

— Der Pariser „Univers“ erhält aus Rom die folgende wichtige Depesche: Am Freitag hat Herr von Schöler dem Vatikan den Wortlaut des neuen kirchen-politischen Gesetzes betreffend die Freiheit der Erziehung des Klerus und die Jurisdiktion der Bischöfe zugestellt, um die Ansicht des Vatikan über diese Vorlage zu vernehmen und einen entsprechenden modus vivendi herbeizuführen. „Es ist das erste Mal, sagt das französische kirchliche Blatt, daß Preußen in dieser Form dem Vatikan ein Kirchengesetz unterbreitet. Die Tragweite dieses Vorganges wird als eine sehr bedeutende bezeichnet.“

— Bahn v. Köln. Auf der Bahner Haide, dem großen Lager der französischen Kriegsgefangenen vom Jahre 1870/71, fand am 28. Januar cr. eine erhebende Feier statt. ca. 40 Gräber der in der Gefangenschaft verstorbenen Franzosen mußten dislocirt werden. Der Feier wohnte der zweite Kommandant von Köln und französischerseits der Oberst le Loup von der Gesandtschaft in Berlin bei, ebenso der dortige französische Konsul. Der hochbetagte Pfarrer von Bahn hielt die Leichenrede und vollzog den Akt der Einsegnung. Die ganze Feier, so schlicht sie war, hinterließ bei den wenigen Zuschauern einen überaus erhebenden Eindruck.

— Straßburg i. E. Bei dem Statthalter Fürsten Hohenlohe fand am 30. Januar ein Diner statt, welchem die Mitglieder des Landesauschusses und die Spitzen der Behörden beiwohnten. In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprache erinnerte der Statthalter daran, daß er selbst einer parlamentarischen Körperschaft angehört habe. Er vertraue auf den gesunden Sinn und die politische Erfahrung des Landesauschusses. Er wolle kein politisches Programm entwickeln, denn selbst der Staatsmann, der die Macht habe, seine Ver-

sprechungen zu erfüllen, wisse nicht, ob die Verhältnisse die Durchführung gestatteten. Wer aber, wie er, der Statthalter, mit Faktoren zu rechnen habe, die außerhalb der Sphäre seiner Einwirkung ständen, müsse doppelt vorsichtig sein. Das beste Programm sei eine gute Verwaltung. Darin erblicke er zunächst seine Aufgabe. Er werde sie zu erfüllen suchen mit Gewissenhaftigkeit und Pflichtgefühl und mit dem Gefühl des Dankes für das Vertrauen, das das Land ihm entgegengebracht habe.

— Italien. Aus Neapel wird berichtet: Hier herrscht großer Jubel. Ein am 10. v. M. erlassenes königliches Decret ordnet die sofortige Inangriffnahme der Arbeiten zur definitiven Sanirung unserer Stadt an, für welche Arbeiten Neapel bekanntlich eine Staatssubvention von 100 Mill. Lire gewährt wurde. Der Zustand der Stadt Neapel, namentlich der Armenquartiere Porto, Pendino, Mercato und Bicaria, mit ihren engen, licht- und luftlosen Sadgassen, in welche das ganze Jahr kein reinigender Luftstrom dringt, und ihren geradezu menschenunwürdigen Häusern, den berüchtigten „Fondaci“, ist noch von der Zeit der letzten Epidemie in Aller Angedenken. Dem wird nun gründlich abgeholfen werden. Der von der Regierung acceptirte Plan wird in diesem Gewirr von Gassen und Gäßchen tüchtig aufräumen, eine große Hauptverkehrsader mit breiten regelmäßigen Nebenstraßen wird quer durch die ungesunden Quartiere gezogen; die berüchtigtesten derselben werden ganz aufgelassen und für die zahlreiche dadurch delogirte Arbeiterbevölkerung wird im Arenaccia-District (außerhalb des Bahnhofes) ein neuer gesunder Stadttheil errichtet. Auch einem anderen Uebelstande Neapels, der schlechten Canalisation, wird abgeholfen werden. Die Canäle werden weit außerhalb des Hafens ins Meer münden, und auch die Färbereien und ähnlichen das Wasser verunreinigenden Industrien außerhalb des Bannkreises der Stadt verwiesen werden. Durch alle diese Maßregeln werden die mephitischen Dünste verschwinden, welche die Luft verpesteten und unter Anderem die Chiaja, diese wunderbarste Promenade der Welt, zu einem unleselichen Aufenthalt machen.

— So wird das alte Neapel mit seinem „malerischen Schmuze“, dieser stets drohende Seuchenheerd, vom Erdboden verschwinden, um gesunden, menschenwürdigen Wohnungen Platz zu machen.

— Aus allen Theilen Italiens werden große Ueberschwemmungen gemeldet. In Rom stehen das Pantheon und die angrenzenden Stadttheile theilweise unter Wasser. In Sizilien fand mehrere Tage lang ein wolkbruchartiger Regen statt. In Mailand mußte der Magistrat täglich 100,000 Lire auswerfen, um die Schneemassen aus der Stadt zu schaffen. In Vicenza stürzte die technische Schule unter dem Druck der Schneemassen ein. In Venedig steht der ganze San-Marco-Platz unter Wasser, so daß theilweise auch die Passage unter den Arkaden steht. Man befürchtet eine allgemeine Wassernoth in Oberitalien.

— Die Lage auf der Balkanhalbinsel hat wieder einen friedlicheren Anstrich gewonnen. Griechenland bequemt sich zur Einsicht und spannt mildere Saiten auf. Die Flottendemonstration ist infolgedessen „vertagt“ worden. — Fürst Alexander wird als Gouverneur von Ostrumelien den Paschatitel erhalten und demnächst nach Konstantinopel zur Huldbigung seines Lehnsherrn, des Großfürsten, reisen. — Der Friedensschluß in Bukarest ist auch als gesichert zu betrachten.